

## **Antrag**

**der Abgeordneten Karlheinz Busen, Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Britta Katharina Dassler, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Katrin Helling-Plahr, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Ulla Ihnen, Thomas L. Kemmerich, Carina Konrad, Ulrich Lechte, Oliver Luksic, Till Mansmann, Christian Sauter, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Nicole Westig und der Fraktion der FDP**

### **Anbau von Leguminosen stärken**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Durch den Rechtsakt der Europäischen Kommission vom 14. Juni 2017, welcher die EU-Direktzahlungen der 1. Säule, insbesondere die Greening-Auflagen, betrifft, ist seit dem 1. Januar 2018 der Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln auf ökologischen Vorrangflächen mit Leguminosen nicht mehr möglich. Die Anbaufläche von Leguminosen geht im Jahr 2018 daraufhin zurück.

Um unabhängig von Importen zu sein, ergibt eine heimische Eiweißproduktion Sinn. Neben der Auflockerung von Fruchtfolgen dienen Leguminosen als hervorragende Bienenweide und Förderer der Artenvielfalt. Leguminosen fixieren durch die Symbiose mit Rhizobien Stickstoff (N) aus der Luft und reduzieren damit den Bedarf an mineralischen Stickstoffdüngern. Die Stickstoff-Fixierungsleistung reicht im Durchschnitt von 80 bis zu 170 kg N pro ha und Jahr je nach angebaute Kulturart. Für 1 kg mineralischen N benötigt es ca. 1 l Mineralöl. Zudem führt eine Importausweitung der EU in den Hauptanbaustaaten für Soja zu sogenannten ILUCs (indirect land-use changes), die wiederum erhöhte Treibhausgasemissionen verursachen würden. Positiv zu bewerten ist die Anrechenbarkeit des Anbaus von Leguminosen als ökologische Vorrangfläche. Allerdings ist dies für einen konventionell wirtschaftenden Betrieb ohne den Einsatz von chemischem Pflanzenschutz nahezu unmöglich sowie nicht rentabel. Zwar wäre auch eine mechanische Unkrautbekämpfung möglich, doch ist die Gewinnspanne bei dem Anbau von Leguminosen selbst mit dem Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln sehr niedrig und Ertragseinbußen durch nicht ausreichenden Pflanzenschutz sind ökonomisch nicht in Kauf zu nehmen. Es führt dazu, dass wieder vermehrt Mais und andere Getreidearten angebaut werden. Soja als Futtermittel wird infolgedessen wieder stärker importiert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich in der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass die Ausnahmeregelung, bei welcher chemischer Pflanzenschutz beim Anbau von Leguminosen auf ökologischen Vorrangflächen erlaubt ist, grundsätzlich wiedereingeführt wird. Dabei sollen solche Herbizide beim Anbau von Leguminosen weiterhin erlaubt bleiben, die etwa auf Empfehlung der Landesbehörden zur Bekämpfung bestimmter Unkrautarten benannt werden.

Berlin, den 25. September 2018

**Christian Lindner und Fraktion**